

N i e d e r s c h r i f t

HFA/016/2011

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 15.03.2011**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	SPD	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczowski	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied

Vertreter:

Frau Ulrike Stockel	SPD	Vertretung für Herrn Karl-Heinz Brauer
Herr Josef Wilp	CDU	Vertretung für Frau Mo- nika Lulay

Gäste:

Herr Kai Kröger EWG (zu TOP 15 - 17)

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Axel Linke	Beigeordneter
Herr Werner Lütke-meier	Stadtkämmerer
Herr Wolfgang Nehus	Stellv. Fachbereichsleiter FB 7
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Herr Dr. Thorben Winter	Fachbereichsleiter FB 1 (ztw.)
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 4
Herr Ewald Piepel	Stellv. Fachbereichsleiter FB 2 (ztw.)
Herr Manfred Wietkamp	Stellv. Fachbereichsleiter FB 3 (ztw.)
Herr Karl-Heinz Ottenhus	Leiter Örtliche Rechnungsprüfung
Herr Günter Strauch	Projektmanagement
Frau Ursula Hartmann	Stellv. Personalratsvorsitzende (ztw.)
Herr Theo Elfert	Stellv. Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist Frau Dr. Kordfelder auf das Leid, das die Japanerinnen und Japaner durch die Folgen des Erdbebens und des Tsunamis zu ertragen hätten. Die drohenden Störfälle in den japanischen Kernkraftwerken würden Erinnerungen an Tschernobyl hervorrufen, obwohl die Folgen weit über die in Tschernobyl hinausgehen würden und ein Ende der Katastrophe noch nicht absehbar sei. Stündlich würden neue Hiobsbotschaften über den Ticker laufen, wie die Meldung über ein weiteres Erdbeben der Stärke 6,0. Die offizielle Zahl der Todesopfer werde zurzeit mit 3.373 angegeben, obwohl insgesamt mit über 10.000 Todesfällen gerechnet würde. Die Störungen in den AKW seien so schwerwiegend, dass das Personal größtenteils schon abgezogen worden sei. Mindestens 100.000 Kinder seien in Japan obdachlos. Derartige Nachrichten würden nicht abreißen, sodass sie allen Menschen in Japan ihr Mitgefühl zum Ausdruck bringen möchte.

Anschließend verweist Frau Dr. Kordfelder auf die vorliegende Tagesordnung der heutigen HFA-Sitzung.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung am 8. Februar 2011

0:03:05

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 8. Februar 2011 gefassten Beschlüsse

0:03:20

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

3. Informationen

3.1. Schreiben an den neuen Bundesverteidigungsministers de Maiziere

0:03:50

Frau Dr. Kordfelder informiert darüber, dass sie dem neuen Bundesverteidigungsminister, Herrn Dr. Thomas de Maizière, zu seiner Ernennung gratuliert habe und gleichzeitig auf die Sorgen der Stadt und insbesondere der Soldaten und ihrer Angehörigen zum Erhalt des Bundeswehrstandortes Rheine hingewiesen habe. Dabei habe sie auf die mit seinem Amtsvorgänger geführte Korrespondenz hingewiesen und Herrn Dr. de Maizière gebeten, in seiner Entscheidungsfindung über den Standort in Rheine die seitens der Stadt aufgeführten Argumente für den Erhalt einzubeziehen. Zugleich habe sie Herrn Dr. de Maizière zu einem Besuch nach Rheine eingeladen, um mögliche Auswirkungen von Struktur- und Standortentscheidungen vor Ort persönlich zu erläutern.

Darüber hinaus stehe sie mit den zuständigen Bundestagsabgeordneten und dem Staatssekretär in Kontakt. Auch habe sie heute Morgen mit dem Personalratsvorsitzenden des Bundeswehrdienstleistungszentrums Münster ein ausführliches Gespräch geführt. In der letzten Woche habe die Stadt mit einem Vertreter an dem 7. Petersburger Gespräch zum Thema Verteidigung teilgenommen.

Sobald es weitergehende Informationen zum Bundeswehrstandort Rheine gebe, werde sie die Politik unmittelbar informieren.

3.2. Liquiditätslage der Stadt Rheine

0:05:20

Herr Lütkeemeier weist darauf hin, dass die Stadt Rheine mit heutigem Stichtag zur Aufrechterhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit einen Liquiditätskredit in Höhe von 2,3 Mio. € hätte in Anspruch nehmen müssen. Die Liquiditätslage werde sich in den nächsten Wochen aber noch weiter deutlich verschlechtern. Nach den durchgeführten Hochrechnungen werde die Stadt in etwa einem Monat einen Liquiditätskredit von über 7 Mio. € in Anspruch nehmen müssen.

3.3. Auswirkungen des Verfassungsgerichtshofurteils vom 15.03.2011 auf die städtischen Finanzen

0:06:15

Herr Lütkeemeier informiert darüber, dass der Verfassungsgerichtshof NRW heute die Verfassungswidrigkeit und damit die Nichtigkeit des Nachtragshaushaltsgesetzes 2010 des Landes Nordrhein-Westfalen festgestellt habe. In seiner nach der Sitzung veröffentlichten Pressemitteilung führe der Verfassungsgerichtshof hierzu aus, dass das Nachtragshaushaltsgesetz 2010 wegen Überschreitung der Kreditgrenze gegen Artikel 83 Satz 2 der Landesverfassung NRW verstoße.

Aussagen über die Auswirkungen dieses Urteils auf den Entwurf des Landeshaushalts 2011 könnten ohne nähere Prüfungen derzeit nicht gemacht werden. Da das Gesetzgebungsverfahren noch andauere, könnten – das Vorliegen einer Störungslage unterstellt – die vom Gerichtshof geforderten Darlegungen ggf. noch nachgeholt werden. Auswirkungen des Urteils auf die Beratungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 könnten somit nicht ausgeschlossen werden.

Allerdings habe diese Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes NRW keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Nachtrag zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2010, der nicht Gegenstand des Verfahrens gewesen sei. Das Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 bilde nämlich eine eigenständige Rechtsgrundlage für die Bescheide, aufgrund derer die Mittel des Finanzausgleichs 2010 an die Kommunen ausgezahlt worden seien.

4. 4. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine vom 28. November 2006 Vorlage: 100 / 11

0:08:20

Empfehlung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die in der Vorlage enthaltene 4. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine vom 28.11.2006.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

5. Gesamtstellenplan 2011
Vorlage: 095 / 11

0:09:20

Frau Dr. Kordfelder erläutert die Vorlage und erinnert an die Vorberatungen des Stellenplans.

Herr Dewenter stellt fest, im Stellenplan 2011 seien die im Stellenplan 2010 ausgewiesenen kw-Vermerke nicht übernommen worden. Die CDU-Fraktion vertrete die Auffassung, dass der Stellenplan mit den kw-Vermerken in der Vergangenheit bei der Wiederbesetzung von frei werdenden Stellen immer für besondere Aufmerksamkeit gesorgt habe. Er erinnert daran, dass nicht alle mit einem kw-Vermerk versehenen Stellen in der Vergangenheit auch gestrichen worden seien. Daher stelle er für die CDU-Fraktion den Antrag, die kw-Vermerke im Stellenplan 2011 mit Ausnahme der Stelle für die Leitung des Fachbereiches 2 aufzunehmen.

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die gegenteilige Meinung der Verwaltung zu diesem Antrag. Da hierüber in der Vergangenheit mehrfach ausgiebig diskutiert worden sei, könne sie nur ihr Bedauern über diesen Antrag deutlich machen.

Auch Herr Roscher hätte sich gewünscht, dass die CDU-Fraktion dem von der Verwaltung vorgelegten Stellenplan so zugestimmt hätte. Er gibt zu bedenken, dass auch ohne die Anbringung von kw-Vermerken das Votum der Politik vor jeder extern zu besetzenden freien Stelle in der Verwaltung eingeholt werde. Die kw-Vermerke seien für die betroffenen Mitarbeiter im Rathaus deprimierend und hätten eine schädliche Wirkung.

Auch Herr Reiske lehnt den Antrag der CDU-Fraktion auf Wiederaufnahme der kw-Vermerke ab.

Anschließend stellt er den Antrag auf Aufnahme von 2 zeitlich befristeten zusätzlichen Stellen im Bereich des Jugendamtes, denn die GPA habe für das Jugendamt eine bessere Fallsteuerung gefordert. Vor Besetzung der Stellen sollten aber noch entsprechende Richtlinien erlassen werden. Hierdurch könne man im Bereich der Hilfe zur Erziehung ca. 200.000,00 € einsparen, sodass sich die Kosten neutralisieren würden.

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass befristete Stellen nicht im Stellenplan ausgewiesen werden müssten. Daher schlägt sie vor, den Antrag von Herrn Reiske in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu beraten.

Herr Holtel unterstützt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, weil die kw-Vermerke im Stellenplan nur noch das einzige Steuerungselement der Politik im

Personalbereich seien. Er macht deutlich, dass nicht alle mit einem kw-Vermerk versehenen Stellen künftig auch tatsächlich aufgelöst würden. Zum Änderungsantrag von Herrn Reiske schlägt Herr Holtel vor, diesen zunächst im Jugendhilfeausschuss vorzubereiten. Einen vergleichbaren Antrag habe es auch beim Kreis für den Kreisjugendhilfeausschuss gegeben.

Herr Ortel stellt fest, dass es zu den kw-Vermerken keine neuen Bewertungen gegeben habe, sodass auch er sich für die Beibehaltung der kw-Vermerke ausspreche.

Empfehlung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die der Vorlage als Anlagen 1 bis 3 beigefügten Gesamtstellenpläne für das Haushaltsjahr 2011 unter Einarbeitung der kw-Vermerke aus dem Stellenplan 2010 mit Ausnahme der Fachbereichsleiterstelle 2.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
 8 Nein-Stimmen

6. Haushaltskonsolidierung

1. Handlungsansätze

2. Vorschläge aus der Bürgerschaft

Vorlage: 110 / 11

0:18:20

Frau Dr. Kordfelder erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass diese Konsolidierungsdiskussion vollkommen unabhängig von den möglicherweise verminderten Zuwendungen aus dem GFG für das Jahr 2011 ff. geführt werden müsse. Unabhängig von neueren rechtlichen Bedingungen sei es absolut notwendig, in Rheine zu geringeren Ausgaben zu kommen. Gemeinsam sei festgelegt worden, innerhalb der nächsten 5 Jahre 10 Mio. € einzusparen. In vielen Sitzungen und Besprechungen seien Einsparpotenziale ausgiebig erörtert worden. Am 20. Januar 2011 sei auch die Bürgerschaft aufgefordert worden, ihre Meinung zur Haushaltskonsolidierung zu äußern. In der durchgeführten Veranstaltung sei eine große Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger festgestellt worden, mit Rat und Verwaltung gemeinsam das Thema „Haushaltskonsolidierung“ anzugehen, weil die Notwendigkeit hierfür insgesamt gesehen werde.

43 Anregungen seien aus der Bürgerschaft registriert worden. Diese seien mit den später eingegangenen Anregungen und Vorschlägen gebündelt und am 28. Februar 2011 in der Strategie- und Finanzkommission beraten worden.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass der gesamte Verwaltungsvorstand hinter dem vorliegenden Beschlussvorschlag stehe. Der Verwaltungsvorstand empfehle daher dem Haupt- und Finanzausschuss bzw. dem Rat, die in der Anlage 1 aufgeführten Vorschläge zum frühestmöglichen Zeitpunkt zur dauerhaften Konsolidierung umzusetzen. Darüber hinaus gebe es in den Anlagen 2 und 3 der Vorlage Vorschläge, die nicht unmittelbar umgesetzt werden könnten, sondern noch

inhaltlich von der Verwaltung weiter konkretisiert und sukzessive dem Haupt- und Finanzausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden müssten.

Frau Dr. Kordfelder merkt an, dass die Verwaltung es sich nicht leicht gemacht habe, diese Konsolidierungsvorschläge zu unterbreiten, denn Einsparungen hätten immer mit besonderer Härte und Verzicht zu tun. Die Vorschläge würden aber nicht nur bestimmte Bevölkerungsgruppen treffen, sondern auf alle Bevölkerungsgruppen übergreifen. Es gehe hierbei um Notwendigkeiten, damit die kommunale Selbstständigkeit auch in den kommenden Jahren garantiert werden könne. Insofern sei der Konsolidierungsbedarf auch dauerhaft.

Frau Dr. Kordfelder hofft, dass die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die durch eine besondere Presseerklärung zur heutigen Sitzung gezielt eingeladen worden seien, die Ernsthaftigkeit und Notwendigkeit der Konsolidierungsbemühungen erkennen würden.

In der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung hätten die Fraktionsvorsitzenden bereits ihre Zustimmung zur Vorlage signalisiert, allerdings in Form eines Richtungsbeschlusses.

Hierauf Bezug nehmend schlägt Herr Lütkeemeier vor, aus Ziffer 1 des Beschlussvorschlages die Worte „und – soweit schon möglich – die erforderlichen Umsetzungsschritte einzuleiten“ zu streichen und dafür folgenden neuen Satz einzufügen: „Über die konkrete Umsetzung der Vorschläge entscheidet nach Vorberatung des zuständigen Fachausschusses der Haupt- und Finanzausschuss.“

Herr Roscher signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zum modifizierten Beschlussvorschlag. Der Richtungsbeschluss solle nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine Fraktion bereit sei, ihren Konsolidierungsbeitrag zum städtischen Haushalt zu tragen.

Herr Reiske bedankt sich bei Frau Dr. Kordfelder für die einleitenden Worte und die unterbreiteten Konsolidierungsvorschläge. Der Rat habe sich im Oktober verpflichtet, in den nächsten 5 Jahren 10 Mio. € strukturell einzusparen. Hieran würden sich auch DIE GRÜNEN halten, damit die Stadt Rheine künftig nicht fremdbestimmt werden müsse.

Über die in der Anlage 1 der Vorlage unterbreiteten Konsolidierungsvorschläge hinaus beantragt Herr Reiske beim Produkt 2102 „Kindertagesstätten“ eine Überprüfung des Rheiner Modells. Er bittet die Verwaltung, Gespräche mit den Kirchengemeinden zu führen, um hier Einsparpotenziale zu erzielen. Ferner regt Herr Reiske an, sämtliche Verträge in diesem Bereich zu prüfen. Er möchte wissen, für wann und von wem welche Verträge geschlossen worden seien mit Angabe der Laufzeiten und Kündigungsfristen. Er bittet darum, die Politik hierbei schon frühzeitig, z. B. durch die Strategie- und Finanzkommission zu beteiligen. Das gelte insbesondere für das Produkt 1202 „Betreuungsangebote an Schulen“. Hierbei stelle sich die Frage, ob die Verpflegung vertraglich mitgeregelt sei. Auch zum Pauschalvertrag mit dem Caritasverband (Produkt 2110) hätte seine Fraktion gerne nähere Informationen, ebenso wie zu den Verträgen mit dem Jugend- und Familiendienst (Produkt 2104).

Frau Dr. Kordfelder sieht die Vorschläge von Herrn Reiske als Arbeitsaufträge an die Verwaltung an und sagt eine Aufarbeitung zu.

Herr Ortel führt aus, dass der Rat sich im Oktober für die Haushaltskonsolidierung entschieden habe. Die vorliegende Beschlussvorlage sei ein weiterer Schritt zur Umsetzung dieser Konsolidierung, die seine Fraktion mitgehen werde.

Herr Dewenter ergänzt, dass die Konsolidierung des städtischen Haushaltes eine zentrale Aufgabe des Rates und der Verwaltung sei, zu der die CDU-Fraktion auch stehe. Seine Fraktion begrüße ausdrücklich die vorliegende Vorlage, auch wenn einige Einschnitte schmerzlich sein würden. Die CDU-Fraktion werde jedenfalls dem modifizierten Beschlussvorschlag zustimmen.

Die Anlage 2 der Vorlage enthalte großes Einsparpotenzial. Seine Fraktion habe aber noch weitere Vorschläge zur Einsparung. So fehle ihm in der Vorlage z. B. der generelle Aspekt der Standardabsenkung und die Überprüfung der Personalbemessung. Hierzu werde die CDU-Fraktion noch einen konkreten Antrag stellen.

Herr Holtel unterstützt die Ausführungen seiner Vorredner und schlägt zur angedachten Kündigung des Vertrages über die Zulassungsstelle in Rheine vor, hier ggf. gemeinsam mit den Mitnutzern des Gebäudes bzw. mit dem Vermieter zu einer günstigeren Regelung zu gelangen.

Ebenfalls weist er darauf hin, dass ein Teil der von Herrn Reiske gestellten Anträge durch das Bildungs- und Teilhabegesetz hinfällig werden könnte, weil danach das Mittagessen Bestandteil der neuen Hartz-IV-Regelung sei und übernommen werde.

Empfehlung:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die in der Anlage 1 der Vorlage aufgeführten Vorschläge zum frühestmöglichen Zeitpunkt zur dauerhaften strukturellen Konsolidierung des städtischen Haushalts umzusetzen und die Verwaltung zu beauftragen, die dazu notwendigen weitergehenden Vorbereitungen zu treffen. Über die konkrete Umsetzung der Vorschläge entscheidet nach Vorberatung des zuständigen Fachausschusses der Haupt- und Finanzausschuss. Über die Konsolidierungsergebnisse ist dem Rat der Stadt zweimal jährlich zu berichten, und zwar nach Abschluss des 1. Halbjahres sowie nach Abschluss des Haushaltsjahres.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, die in der Anlage 2 aufgeführten Handlungsansätze inhaltlich und vom Konsolidierungsumfang her weiter zu konkretisieren und sukzessive zur Entscheidung vorzulegen.
3. Der Haupt und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, folgende Konsolidierungsvorschläge aus der Bürgerschaft zu prüfen und zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:
 - Volkshochschule Rheine – Festschreibung des Kostendeckungsgrades
 - Außenstelle Mesum – Prüfung der Nutzung und Notwendigkeit der Außenstelle
 - Städtische Museen – Festschreibung des Kostendeckungsgrades
 - Musikschule Rheine – Festschreibung des Kostendeckungsgrades

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2011 - 2014
- Ergebnisse der Fachausschussberatungen
Vorlage: 106 / 11**

0:42:00

Herr Lütke-meier weist auf einen Übertragungsfehler unter Ziffer 6 des Beschlussvorschlages hin; der Gesamtpersonalaufwand belaufe sich auf 26.626.609,00 €. Ferner verweist er auf Seite 11 der Vorlage auf einen Schreibfehler; es müsse dort nicht VII, sondern VIII heißen.

Des Weiteren merkt er an, dass es eine Einigung zwischen den Tarifvertragspartnern für die Beschäftigten des Landes NRW im öffentlichen Dienst gegeben habe. Der Finanzminister habe bereits angekündigt, dass dieser Tarifabschluss auch 1 : 1 auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden solle. Daher bestehe bei den Personalkostenansätzen Anpassungsbedarf, und zwar erhöhe sich der Ansatz für das Jahr 2011 um 80.500,00 € und in den Folgejahren bis zum Jahr 2014 um 122.000,00 € bis 127.000,00 €.

Darüber hinaus informiert Herr Lütke-meier die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses über ein Schreiben des Kreiskämmerers. Hieraus gehe hervor, dass der Landschaftsverband seine Umlage endgültig in der Höhe des Vorjahres festgesetzt habe. In der Umsetzung führe dieses beim Kreis Steinfurt zu einer Einsparung von 2.303.000,00 €. Der Kreis wolle diese Einsparung aber nicht an die Kommunen des Kreises weitergeben, sondern sie solle zur Senkung des Fehlbedarfs im Kreishaushalt dienen.

Auch berichtet Herr Lütke-meier aus der soeben stattgefundenen Sondersitzung des Schulausschusses zur Fürstenberg-Realschule, in der das Raumprogramm über deren Erweiterung aufgehoben worden sei. Damit sei diese Maßnahme aus dem Investitionsplan der Stadt zu streichen. Allerdings würden noch Mittel für die Abwicklung der Planungsaufträge benötigt. Dieses führe in der Konsequenz zu einem veränderten Kreditbedarf und damit zu veränderten Schuldendienstleistungen. Die sich hieraus ergebenden Auswirkungen werde die Verwaltung in die Beschlussfassung des Haushaltes zur Ratssitzung einarbeiten.

Abschließend merkt Herr Lütke-meier an, dass die Maßnahme „Pflasterung, Bodenindikatoren und akustische Signalanlage für sehbehinderte Menschen im Kreuzungsbereich Osnabrücker Straße/Windmühlenstraße/Aloysiusstraße“ mit einem Ansatz von 70.000,00 € mit einem Sperrvermerk versehen werde, der vom Sozialausschuss aufgehoben werden könne.

Herr Koh-nen signalisiert für die CDU-Fraktion die Zustimmung zur Vorlage unter Berücksichtigung der soeben von Herrn Lütke-meier vorgeschlagenen Änderungen bzw. Ergänzungen.

Da die Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes Auswirkungen auf Ziffer 7 des Beschlussvorschlages habe, merkt Herr Koh-nen an, dass die CDU-Fraktion diese Gesetzesänderung ablehne, weil sie ungerechtfertigterweise die Kommunen finanziell höher belaste. Da es sich hierbei jedoch um ein Gesetz handle, an das man sich zu halten habe, ändere die Ablehnung nichts an der Zustimmung der CDU-Fraktion zum städtischen Haushalt.

Herr Holtel beantragt Einzelabstimmung über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages, denn hierin seien Positionen enthalten, die Auswirkungen auf Investitionen im Bereich Rheine R hätten. Die FDP-Fraktion habe bereits in den Ausschussberatungen diese Positionen abgelehnt und wolle dieses heute auch im Rahmen der Haushaltsplanberatungen deutlich machen.

Herr Reiske erklärt sich mit der Einzelabstimmung über die Beschlussvorschläge in der Vorlage einverstanden, bittet aber darum, vorab über seine folgenden Anträge abstimmen zu lassen.

Zum Ergebnisplan stellt Herr Reiske folgende Anträge:

Produkt 1307 – Kloster Bentlage

Reduzierung des Betriebskostenzuschusses für die Jahre 2011 und 2012 um jeweils 50.000,00 €.

Produkt 2101 – Elternbegleitbuch

Herr Reiske erinnert daran, dass die CDU- und FDP-Fraktion den Antrag gestellt hätten, 30.000,00 € für ein Elternbegleitbuch zusätzlich bereitzustellen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spreche sich gegen diesen Antrag aus, weil sie ihn aus fachlicher Sicht für den falschen Weg halte. Seine Fraktion wünsche sich stattdessen eine bessere Zusammenarbeit mit den Hebammen in Rheine sowie die Ausbildung von Familienhebammen.

Produkt 2101 – Hilfen zur Erziehung

Herr Reiske beantragt eine Reduzierung des Haushaltsansatzes um 200.000,00 € und verweist auf seine Begründung zum Tagesordnungspunkt 6.

Produkt 4203 – Transferaufwendungen für die EWG

Herr Reiske beantragt, den Haushaltsansatz 2011 auf 750.000,00 € zu begrenzen. In 2012 solle die EWG noch mit Transferaufwendungen in Höhe von 600.000,00 € unterstützt werden. Er verweist hierzu auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus der Ratssitzung am 22. Februar 2011.

Zum Investitionsplan stellt Herr Reiske den folgenden Antrag:

Produkt 1305 – Anschaffung von Kunstgegenständen

Er beantragt den Haushaltsansatz nicht nur für 2011, sondern auch für die folgenden Jahre auf Null zu setzen.

Auch Herr Roscher begrüßt seitens der SPD-Fraktion die Einzelabstimmungen zu den Ziffern des Beschlussvorschlages, zumal seine Fraktion zur Ziffer 4 dem Verwaltungsvorschlag nicht folgen werde. Vielmehr unterstütze seine Fraktion den Beschluss des Sportausschusses, weil sich dadurch im Ergebnis eine Verbesserung für die Stadt ergeben werde. Die Technischen Betriebe seien sicherlich in der Lage, die fehlenden 43.300,00 € durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren, ohne dass es merkbare Einbußen bei den Standards geben werde.

Ebenso lehne die SPD-Fraktion den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter Ziffer 5 des Beschlussvorschlages zur EWG ab. Gleiches gelte auch für den soeben von Herrn Reiske gestellten Antrag zur Reduzierung der Betriebskosten für das Kloster Bentlage im Jahr 2011, denn beide Beteiligungsgesellschaften hätten ihren Haushalt bereits verabschiedet und insofern einen Ver-

trauensschutz darauf, um ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommen zu können. Dass man bei den Beteiligungsgesellschaften im weiteren Prozess zu Einsparungen kommen müsse, stehe dabei außer Frage.

Im Gegensatz zu der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wäre die SPD-Fraktion schon bereit, 30.000,00 € im Produkt 2101 bereitzustellen, wobei diese Mittel nicht für das Elternbegleitbuch, sondern vielmehr für die Einbindung und Ausbildung der Hebammen verwendet werden sollten. Dieses hätten auch Ergebnisse in anderen Städten bewiesen.

Über die Information von Herrn Lütke-meier, dass der Kreis Steinfurt seine Einsparungen aus der Landschaftsverbandsumlage nicht an die Kommunen weitergeben wolle, zeigt Herr Roscher sich sehr erstaunt, denn der Kreis als Aufsichts-stelle für die Kommunalen Haushalte müsse doch die prekäre finanzielle Situation der Kommunen kennen. Er hoffe, dass der Kreistag im Rahmen seiner Haus-haltsplanverabschiedung zu einem anderen Ergebnis kommen werde.

Herr Gude bezieht sich auf Ziffer 4 des Beschlussvorschlages und erklärt, dass sich auch die CDU-Fraktion für die Umsetzung des Sportausschussbeschlusses aussprechen werde, denn hieraus ergebe sich eine Leistungsveränderung bei der Sportplatzpflege. Über die Standards der Sportplatzpflege müsse aufgrund des GPA-Berichtes ohnehin gesprochen werden.

Durch eine geänderte Beschlussfassung zu Ziffer 4 des Beschlussvorschlages müsse auch der Wirtschaftsplan der TBR in der Anlage 3 um 43.300,00 € korri-giert werden.

Herr Lütke-meier gibt zu bedenken, dass die städtischen Gremien aus rechtlichen Gründen nicht über eine Änderung des Wirtschaftsplanes der TBR entscheiden könnten. Wenn die Budgetänderung zur Erhöhung der Platzpflegekosten be-schlossen werde, werde die TBR weniger Geld an die Stadt ausschütten. Da mit der Platzpflege nur minimale Sachkosten verbunden seien und der Hauptanteil Personalaufwand sei, könne es sogar bei den TBR in der Konsequenz zu Perso-nalfreisetzen kommen.

Herr Gude kann diese Aussage nicht nachvollziehen, denn die Arbeitszeiten, die in diesem Fall bei der Sportplatzpflege eingespart würden, könnten an anderer Stelle bei den TBR erbracht werden, sodass keine personellen Auswirkungen zu befürchten seien.

Herr Niehues unterstützt diese Aussage und schlägt vor, den Aufsichtsrat der TBR aufzufordern, seinen Wirtschaftsplan für 2011 um 43.300,00 € zu korrigie-ren. Dadurch würde kein Mitarbeiter bei den TBR entlassen, denn Dienstleistun-gen würden in diesem großen Betrieb an verschiedenen Stellen erbracht. Er gibt zu bedenken, wie häufig die Mitarbeiter der Spielplatzkolonne für anderweitige Tätigkeiten herangezogen worden seien oder wie flexibel der Dienstbetrieb im Winterdienst gestaltet werden müsse.

Herr Lütke-meier gibt zu bedenken, dass die Technischen Betriebe ihren Wirt-schaftsplan vor dem Hintergrund von Sach- und Personalkostenaufwendungen erstellt hätten. Gleiches gelte für den Haushalt der Stadt Rheine. Aus seiner Sicht sei es unseriös, einseitige Beschlüsse zu fassen, die den Wirtschaftsplan der TBR belasten würden.

Herr Kuhlmann unterstützt diese Aussage und stellt fest, dass die angedachte Entscheidung allein zulasten der TBR gehen würde, die diese 43.300,00 € kompensieren müsse. Er gibt zu bedenken, dass der Haupt- und Finanzausschuss bzw. der Rat auch für die TBR eine gewisse Verantwortung trage.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Reduzierung des Betriebskostenzuschusses für das Kloster Bentlage mit der Situation für die TBR vergleichbar sei.

Herr Roscher hält dem entgegen, dass im Gegensatz zum Kloster Bentlage, das ein vertraglich festgelegtes Kulturprogramm vorgelegt habe, die TBR nach Aussagen der Gemeindeprüfungsanstalt keine Nachweise für die Aufwendungen der einzelnen Stadien hätten erbringen können. Nach dem GPA-Bericht seien ohnehin Änderungen in den Abläufen der Sportstättenpflege erforderlich. Insofern unterscheide sich der Eingriff bei den Technischen Betrieben schon von dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die Reduzierung des Betriebskostenzuschusses für das Kloster Bentlage.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Kordfelder erklärt Herr Reiske, dass seine Fraktion nicht damit einverstanden sei, dass die Mitarbeiter(innen) der EWG immer wieder an verschiedenen Stellen und zu verschiedenen Themen in Rheine Befragungen durchführen würden. Dieses lasse auf eine personelle Überkapazität schließen, sodass hier eine deutliche Konsolidierungsmöglichkeit gegeben sei. Auch sollte darüber nachgedacht werden, wie die interkommunale Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung des Kreises intensiviert werden könnte, denn der Leiter der GPA habe dieses in seinem Bericht auch schon vorgeschlagen. Herr Reiske gibt zu bedenken, dass es zwischen der EWG und der WEST gemeinsame Interessen gebe, die zu Einsparpotenzialen führen könnten.

Herr Niehues hält den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen völlig undemokratischen Vorgang, denn in der Strategie- und Finanzkommission sei die EWG aufgefordert worden, Einsparvorschläge zu unterbreiten. Diese seien dann einstimmig mit der Stimme von Herrn Reiske abgelehnt worden. Daraufhin habe der Aufsichtsrat der EWG den Wirtschaftsplan beraten und ebenfalls bei Anwesenheit des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einstimmig beschlossen.

Auch in der Dezember-Ratssitzung habe der Wirtschaftsplan der EWG dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegen und sei mit einstimmigem Votum angenommen worden.

Bis heute hätten sich bei der EWG keine neuen Erkenntnisse ergeben, die dazu auffordern würden, von einem 3-fach einstimmig gefassten Beschluss abzuweichen. Es wäre besser gewesen, wenn die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Diskussion im Aufsichtsrat der EWG geführt hätte, anstatt Negativschlagzeilen durch den im Rat der Stadt gestellten Antrag in der Öffentlichkeit zu produzieren.

Herr Ortel zeigt sich vom Vorschlag des Herrn Reiske irritiert, wonach im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit die Wirtschaftsförderung zwischen der EWG und der WEST intensiviert werden solle. Dieser Antrag sei bei dem bestehenden differenzierten Verhältnis zwischen dem Kreis Steinfurt und der Stadt Rheine weltfremd.

Herr Roscher hält derartige Anträge schon für legitim. Es sei auch das Recht des Haupt- und Finanzausschusses, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen derartige Anträge zu den Beteiligungsgesellschaften zu beraten. Er stimme mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überein, dass die Leistungen der EWG ebenso wie die Leistungen aller anderen Tochtergesellschaften der Stadt Rheine kritisch hinterfragt werden dürften. Selbstverständlich seien die Aufsichtsräte für diese Gesellschaften verantwortlich, und die EWG sei mit ihren veröffentlichten Kennzahlen auf dem richtigen Weg. Beim Monitoring habe man sich auch dafür ausgesprochen, diese erst in 2 Jahren zu hinterfragen.

Herr Kuhlmann bittet darum, bei derartigen Angelegenheiten mit der EWG in einen Dialog einzutreten, statt öffentlichkeitswirksame Anträge zu stellen. Herr Dr. Janssen und er seien jederzeit bereit, Rede und Antwort zu stehen. Wenn ein solches Gespräch im Vorfeld gesucht worden wäre, hätte man festgestellt, dass die von Herrn Reiske kritisierten Umfragen nicht durch Mitarbeiter der EWG durchgeführt worden seien und mit der WEST und insbesondere mit Herrn Bischoff schon jetzt sehr gut zusammengearbeitet werde. Es gebe aber auch das ein oder andere Ziel, das sich nicht mit denen des Kreises Steinfurt decke und das dann durch die eigene Gesellschaft umgesetzt werden müsste.

Herr Reiske antwortet, dass seine Fraktion bereits mit Herrn Dr. Janssen im Dezember ein Gespräch geführt habe und auch noch weitere Gespräche führen werde.

Nach der Diskussion stellt Frau Dr. Kordfelder auf Nachfrage fest, dass nach Abarbeitung der gestellten Anträge die Beschlussfassung lt. Vorlage in Einzelabstimmung erfolgen soll.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst folgende Beschlüsse zu den im Rahmen der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt gestellten Anträgen:

Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

- I. Kürzung des Betriebskostenzuschusses um jeweils 50.000,00 € für die Jahre 2011 und 2012 für das Kloster Bentlage (Produkt 1307)

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme
 12 Nein-Stimmen
 6 Stimmenthaltungen

- II. Ablehnung der zusätzlich bereitzustellenden 30.000,00 € für das Elternbegleitbuch (Produkt 2101)

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme
 11 Nein-Stimmen
 7 Stimmenthaltungen

- III. Reduzierung des Ansatzes im Produkt 2101 – Hilfen zur Erziehung – um 200.000,00 €

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme
12 Nein-Stimmen
6 Stimmenthaltungen

- IV. Verzicht auf den Ankauf von Kunstgegenständen (Produkt 1305) nicht nur für das Jahr 2011, sondern auch für die Folgejahre

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme
12 Nein-Stimmen
6 Stimmenthaltungen

- V. Die Transferaufwendungen für die EWG werden für das Haushaltsjahr 2011 auf 750.000,00 € begrenzt. Im Jahr 2012 soll die EWG noch mit Transferaufwendungen in Höhe von 600.000,00 € unterstützt werden.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme
17 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Antrag der CDU-Fraktion:

Herr Mollen erklärt sich hierbei für befangen und nimmt im Zuhörerraum Platz.

- VI. Erhöhung der Platzpflegekosten für vereinseigene Sportstätten in Höhe von 43.300,00 €.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

Empfehlungen aus der Verwaltung:

- VII. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der vorgeschlagenen Anpassung des Gesamtpersonalaufwandes auf 26.626.609,00 € zuzüglich der von Herrn Lütke-meier zu Beginn der Sitzung bekannt gegebenen Auswirkungen durch die Anwendung des Tarifvertrages auf die Beamten zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- VIII. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Rheine (Hebesatzsatzung) mit den in der Begründung der Vorlage unter Ziffer VIII genannten neuen Hebesätze zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

Antrag der SPD-Fraktion:

- IX. Der Haupt- und Finanzausschuss stellt den Antrag der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Kulturausschusses am 3. Februar 2011, Mittel für die Anschaffung von ineinander zu verhakenden Stühlen aufgrund der Bestimmungen der Versammlungsstättenverordnung für das Gebäude der VHS im Haushalt 2011 aufzunehmen, zurück und beauftragt die Verwaltung bis zur Ratssitzung eine Klärung darüber herbeizuführen, ob der hierfür erforderliche Betrag ggf. auf 2 Jahre gesplittet werden kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Verbleibende Beschlüsse laut Beschlussvorlage:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ergebnisse der Etat-Beratungen in den Fachausschüssen gemäß den Anlagen 1 und 2 der Vorlage zur Kenntnis und stimmt unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Ziffer I. enthaltenen Erläuterungen und den soeben gefassten Beschlüssen den vorgeschlagenen Budgetveränderungen zu.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den vorgeschlagenen Budgetveränderungen gemäß den Anlagen 3 und 4 der Vorlage aufgrund des beschlossenen Wirtschaftsplanes der Technischen Betriebe AÖR 2011-2014 und des unter Ziffer VI soeben gefassten Beschlusses zu.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

3. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den unter Ziffer III – Sonstige Budgetveränderungen – aufgeführten Veränderungen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Fortschreibung des Sonderbereichs 9 – Zentrale Finanzleistungen – gemäß den Anlagen 6 und 7 der Vorlage unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Ziffer VII enthaltenen Erläuterungen zu.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen

5. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Haushaltssatzung für das Jahr 2011 einschließlich der Anlagen in der Fassung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2011 unter Berücksichtigung der

von den Fachausschüssen und dem Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

6. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
2 Stimmenthaltungen

8. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

1:40:10

Es liegen keine Eingaben vor.

9. Einwohnerfragestunde

1:40:25

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

10. Anfragen und Anregungen

1:40:35

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende es öffentlichen Teils der Sitzung: 18:47 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Theo Elfert
Schriftführer